

Absender

Eingangsstempel

Landesförderinstitut  
Mecklenburg-Vorpommern  
Postfach 16 02 55  
19092 Schwerin

Aktenzeichen

LFI-LU-

T

H

-

-

-

-

-

Nur von der Bewilligungsstelle auszufüllen!

## ANTRAG

auf Gewährung einer Zuwendung des Landes Mecklenburg-Vorpommern für Einrichtungen, die der Unterbringung von Tieren dienen (Tierheim-Förderrichtlinie – TierH-FöRL M-V)

Antrag bitte vollständig ausfüllen!

Bei

bitte Zutreffendes ankreuzen!

**Hinweis:** Der Antrag ist beim **Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern** einzureichen. Der Antrag muss alle zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung erforderlichen Angaben enthalten. Zusätzliche Unterlagen sind auf Anforderung der Bewilligungsbehörde vorzulegen. Diese entscheidet über Förderfähigkeit, Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

**Der Antrag kann erst bearbeitet werden, wenn alle geforderten Unterlagen vorliegen.**

**Mit dem Vorhaben darf nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides oder vor Genehmigung des vorzeitigen Vorhabenbeginns begonnen werden**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird teilweise auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten für alle Geschlechter.

### 1. Antragsteller

1.1 Name des Antragstellers

1.2 Straße

1.3 Nr.

1.4 Postleitzahl

1.5 Ort

1.6 Ansprechpartner

1.7 E-Mail

1.8 Telefon

1.9 Mobiltelefon

1.10 Telefax

1.11 Rechtsform (Nachweis der Rechtsform beifügen, z. B. Vereinsregisterauszug)  
Zuwendungsempfänger sind Träger von Tierheimen. Tierheime im Sinne dieser Verwaltungsvorschrift sind alle Einrichtungen, die der Unterbringung von Fundtieren, fortgenommenen, eingezogenen oder sichergestellten Tieren oder kranken, verletzt aufgefundenen oder aus einem anderen Grund hilflosen Wildtieren dienen. Tierheime in kommunaler Trägerschaft sind von einer Zuwendung ausgeschlossen.

Eingetragener Verein

GmbH

Verband

gGmbH

Gemeinnützige Stiftung

Anstalt öffentlichen Rechts

Körperschaft

Unternehmen, das im Auftrag von Körperschaften tätig ist

Sonstiges:  
\_\_\_\_\_

1.12 Zuständiges Finanzamt

1.13 Steuernummer (bei juristischen Personen)

1.14 Steuer-ID (bei Privatpersonen)

1.15 Ist der Antragsteller zum Vorsteuerabzug berechtigt?

Ja, ein Nachweis liegt diesem Antrag bei.

Hinweis: In dem Fall sind nur die anteiligen Nettoausgaben zuwendungsfähig.

Nein.

Bei unklarer Sachlage ist die projektbezogene Stellungnahme des Finanzamtes beizulegen.

1.16 Werden Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit erzielt, die nicht dem Zweck der Tierheim-Förderrichtlinie (TierH-FöRL M-V) zuzuordnen sind?

Ja, ein Nachweis über den prozentualen Anteil dieser Einnahmen an den Gesamteinnahmen liegt in Kopie diesem Antrag bei.

Nein.

1.17 Eine behördliche Genehmigung für Tierhaltungen gem. § 11 des Tierschutzgesetzes wurde erteilt:

Ja, ein Nachweis der Genehmigung liegt diesem Antrag in Kopie bei.

Nein.

1.18 Ist das Tierheim für die örtlich zuständigen Behörden für die Unterbringung von Fundtieren, fortgenommenen, eingezogenen oder sichergestellten Tieren von Bedeutung?

- Ja, ein Nachweis liegt diesem Antrag bei (Verträge, Einweisungsbelege oder Stellungnahmen von Behörden in Kopie).
- Nein.

1.19 Tierversorgungsquote des Vorjahres

Nachweise durch Kopie des Tierbestandsbuches oder einer ausführlichen Aufstellung (z. B. Anfangsbestand, Zugänge, Abgänge) sind dem Antrag beizufügen.

Tierart	Vermittlungsquote in %

1.20 Bankverbindung

(Antragsteller und Kontoinhaber müssen identisch sein)

IBAN

D	E																		
---	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

BIC

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Kreditinstitut

\_\_\_\_\_

## 2. Angaben zum Vorhaben

2.1 Kurzbeschreibung des Vorhabens (Eine ausführliche Beschreibung ist als Anlage beizufügen.)

2.2 Ist das antragstellende Unternehmen Eigentümer des Projektstandortes?

- Ja (Nachweis beifügen)     Nein. (Nachweis Nutzungsrecht beifügen; z.B. Mietvertrag)

Eine Kopie des Miet- oder Pachtvertrages über die genutzten Flächen und Gebäude mit einer mindestens fünfjährigen Laufzeit oder der Nachweis über das Eigentum der Immobilie in Form eines Grundbuchauszuges, Erste Abteilung oder der Abschrift eines notariellen Kaufvertrages mit Auflassungsvormerkung.

2.3 Projektstandort (Anschrift, PLZ, Ort)

2.4 Genehmigungssituation des beantragten Vorhabens

Besteht für das zur Förderung beantragte Vorhaben eine Genehmigungspflicht?

Ja                       Nein

Bitte fügen Sie ergänzend eine Kurzdarstellung der Genehmigungssituation bei. Erteilte behördliche Genehmigungen sind in Kopie dem Antrag beizufügen.

### 3. Ausgaben- und Finanzierungsplan

#### 3.1 Zur Förderung beantragte Investitionen (Angaben gem. Anlage 1 zum Antrag)

Die in der folgenden Übersicht geforderten Angaben sind nur auf das zur Förderung beantragte Vorhaben zu beziehen. Beinhaltet das beantragte Vorhaben Hochbaubestandteile, so ist die Untersetzung für die zur Förderung beantragten Ausgabenansätze nach DIN 276 vorzunehmen.

	Ausgaben in EUR		
	gesamt	davon nicht zuwendungsfähig	davon zuwendungsfähig
Bauliche Investitionen			
Sonstiges			
<b>Gesamtausgaben</b>			

#### 3.2 Finanzierung der zur Förderung beantragten Investitionen (Angaben gem. Anlage 1 zum Antrag)

Beabsichtigte Finanzierung des zur Förderung beantragten Vorhabens	Betrag in EUR
Eigenmittel	
Mittel Dritter, öffentlich	
Mittel Dritter, privat	
Beantragte Zuwendung	
<b>Gesamtfinanzierung</b> (= Investitionssumme des zur Förderung beantragten Vorhabens)	

Die Verfügbarkeit der einzelnen Finanzierungsbestandteile ist durch entsprechende Nachweise in der Anlage zu diesem Antrag zu belegen.

#### 4. Anlagen zum Antrag

Dem Antrag sind folgende aktuelle Unterlagen (soweit zutreffend) in Kopie beizufügen:

- Nachweis der Rechtsform (z. B. Vereinsregister) s. Ziff. 1.11
- Nachweis des Verhältnisses zwischen wirtschaftlicher und nicht wirtschaftlicher Tätigkeit s. Ziff. 1.16
- Genehmigung für Tierhaltungen gem. § 11 des Tierschutzgesetzes s. Ziff. 1.17
- Nachweis der Bedeutung für örtlich zuständige Behörden (z. B. durch Fundtierverträge) s. Ziff. 1.18
- Nachweis der Vermittlungsquote des Vorjahres (z. B. durch Kopien des Tier-Bestandsbuchs oder einer ausführlichen Aufstellung (Tierart, Anfangsbestand, Zugänge, Abgänge, etc.) s. Ziff. 1.19
- ausführliche Vorhabenbeschreibung, einschließlich Darstellung der angestrebten Verbesserung für die Tiere s. Ziff. 2.1
- Nachweis des Standorteigentums oder Nutzungsrechts s. Ziff. 2.2
- Nachweis über erteilte behördliche Genehmigungen (z. B. Baugenehmigungen) s. Ziff. 2.4
- Ausgaben- und Finanzierungsplan (Formblatt **Anlage 1** zum Antrag) s. Ziff. 3.1 - 3.2
- Nachweis über die gesicherte Gesamtfinanzierung des Vorhabens s. Ziff. 3.2
- Unterlagen zu weiteren Finanzierungshilfen und Zuwendungen s. Ziff. 3.2
- mindestens drei Kostenvoranschläge einschlägiger Fachbetriebe
- Kostenvoranschläge oder amtliche Kostenschätzungen für unbare Eigenleistungen
- Bewirtschaftungskonzept
- Nachweis der Unterschriftsberechtigung/Projektvollmacht (Formblatt **Anlage 2** zum Antrag)
- Bestätigung Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (Formblatt **Anlage 3** zum Antrag)

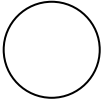
Der Antrag kann erst bearbeitet werden, wenn alle geforderten Unterlagen vorliegen. Die Einholung weiterer Auskünfte und Unterlagen zum Zwecke der Entscheidung über den Förderantrag und zur Bemessung der Bewilligungshöhe bleibt der Bewilligungsbehörde vorbehalten.

## 5. Hinweise/Erklärungen

- 5.1 Der Antragsteller erklärt, mit dem Vorhaben nicht vor Bewilligung der Zuwendung zu beginnen oder vor Genehmigung eines zu beantragenden vorzeitigen Vorhabenbeginns begonnen zu haben. Ihm ist bekannt, dass als Vorhabenbeginn grundsätzlich der Zeitpunkt des Abschlusses eines der Vorhabenausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrags gilt.
- 5.2 Dem Antragsteller ist bekannt, dass vorsätzlich oder leichtfertig gemachte falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Betrug (§ 263 StGB) oder Subventionsbetrug (§ 264 StGB) zur Folge haben können.  
Zu den subventionserheblichen Tatsachen gehören insbesondere:
- Angaben zum Antragsteller (Ziffer 1.1 bis Ziffer 1.20)
  - Rechtsform des Antragstellers (Ziffer 1.11)
  - Angaben zur Steuer-ID bzw. Steuernummer (Ziffer 1.13/1.14)
  - Angaben zur Vorsteuerabzugsberechtigung (Ziffer 1.15)
  - Bankverbindung (Ziffer 1.20)
  - Angaben zum Vorhaben (Ziffer 2.1 bis 2.4)
  - Angaben zu den Ausgaben und der Finanzierung (Ziffer 3.1 bis 3.2)
  - die zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung von Bedeutung sind, die Gegenstand der dem Antrag beizufügender Unterlagen sind,
  - von denen nach dem Verwaltungsverfahrenrecht (insbesondere §§ 48 bis 49a Landesverwaltungsverfahrensgesetz - VwVfG M-V) oder anderen Rechtsvorschriften die Erstattung der Zuwendung abhängig ist.
- Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (§ 1 SubvG M-V i. V. m. § 4 SubvG).
- 5.3 Dem Antragsteller sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungspflichten bekannt. Der Antragsteller wird der Bewilligungsbehörde jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich anzeigen. Er versichert, davon Kenntnis zu haben, dass Tatsachen, die sich auf die Art und Weise der Verwendung eines aus der Zuwendung beschafften Gegenstands beziehen, subventionserheblich sind (§ 1 SubvG M-V i. V. m. § 3 SubvG).
- 5.4 Der Antragsteller erklärt, dass die Gesamtfinanzierung des Vorhabens sowie die Finanzierung der mit dem Vorhaben verbundenen Folge- und Unterhaltskosten gesichert sind.
- 5.5 Der Antragsteller erklärt, dass das Vorhaben unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant wird und durchgeführt werden wird. Die geltenden Schwellenwerte für europäische und nationale Auftragsvergabe werden beachtet. Die Ausschreibung und die Vergabe von Aufträgen werden nach den geltenden Vorschriften durchgeführt.
- 5.6 Der Antragsteller erklärt, dass zum Zeitpunkt der Antragstellung über sein Vermögen kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist und von ihm keine eidesstattliche Versicherung abgegeben wurde.
- 5.7 Der Antragsteller erklärt sein Einverständnis, dass Angaben über alle gewährten Zuwendungen, Angaben über die einzelnen geförderten Vorhaben und die Zuwendungsempfänger sowie die Höhe der jeweils bereit gestellten Mittel einzeln oder insgesamt durch die Bewilligungsbehörde oder das zuständige Ministerium veröffentlicht werden dürfen.
- 5.8 Hinweis zum Datenschutz  
Die dem Förderantrag beigefügten bzw. im Downloadbereich zum Förderprogramm zusammen mit den Antragsdokumenten zur Verfügung gestellten Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zum Umgang mit seinen personenbezogenen Daten und zu seinen Rechten hat der Antragsteller zur Kenntnis genommen.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
rechtsverbindliche Unterschrift/en



Stempel  
Antragsteller

**6. Antrag auf Genehmigung des Beginns des Vorhabens vor Erhalt einer verbindlichen Förderzusage**

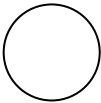
6.1 Der Antragsteller beabsichtigt, mit dem Vorhaben, dessen Förderung er mit diesem Antrag beantragt hat, zeitnah schon vor Erhalt eines Zuwendungsbescheides zu beginnen. Ihm ist bekannt, dass hier zu eine schriftliche Bestätigung des Zuwendungsgebers erforderlich ist.  
Der Antragsteller beantragt eine behördliche Mitteilung darüber, dass sein Vorhaben die grundsätzlichen Förderwürdigkeitsbedingungen erfüllt und daher vor Erteilung einer Bewilligung begonnen werden darf.

Ja.

Nein.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
rechtsverbindliche Unterschrift/en



Stempel  
Antragsteller